

SPD

Strategie gegen Merkel

In der SPD beginnt die Vorbereitung auf den Bundestagswahlkampf 2009. Die Spitze der Bundestagsfraktion hat eine interne Arbeitsgruppe eingesetzt, in der Abgeordnete Pläne entwickeln sollen, wie die SPD Angela Merkel im Wahlkampf attackieren kann. Die Genossen sehen in der Person der Kanzlerin das größte Hindernis zu einem Wahlerfolg 2009. Vor allem die hohen persönlichen Zustimmungswerte Merkels in Umfragen bereiten den Strategen Sorge. Ziel soll es daher sein, die Amtsinhaberin rechtzeitig vor der Wahl zu „entzaubern“. Erwogen wird unter anderem, Merkel Führungsschwäche sowie mangelnden Einsatz für Arbeitnehmerrechte vorzuhalten. Diskutiert wird in der Arbeitsgruppe zudem, ob ein sogenanntes Negative Campaigning zum Erfolg führen könnte. Diesen Ansatz, bei dem der Gegner direkt und persönlich attackiert wird, haben Strategen der US-Demokraten dem Arbeitsgruppenmitglied Karl Lauterbach bei Gesprächen in den USA empfohlen. Dort ist „Negative Campaigning“ seit Jahren üblich, etwa indem das Privatleben von Gegnern thematisiert wird. Bislang hat die SPD diese Methode abgelehnt. Unter anderem wurde stets darauf verwiesen, dass die deutschen Wähler, anders als Amerikaner, persönliche Attacken nicht goutieren würden. Die Arbeitsgruppe der Fraktion ist als Ergänzung zu den Wahl-



Heil Beck

MAURIZIO GAMBARINI / DPA (L.); MARCUS BRANDT / DDF (R.)



SPD-Politiker, Merkel

kampfvorbereitungen der SPD-Zentrale gedacht. Dort ist Generalsekretär Hubertus Heil für die Planung zuständig. Eine erste Grundsatzentscheidung für 2009 hat er bereits getroffen. Eine ausgelagerte Wahlkampfzentrale („Kampa“) wie 1998 und 2002 soll es bei der kommenden Bundestagswahl nicht geben.

GESUNDHEITSWESEN

Freie Arztwahl in Europa

Um die Gesundheitspolitik ist in Brüssel ein heftiger Streit ausgebrochen. EU-Kommissar Markos Kyprianou will den Markt für medizinische Dienstleistungen europaweit öffnen. Jeder Patient soll künftig weitgehend seinen Arzt, Apotheker oder auch das Krankenhaus überall in Europa wählen dürfen. Bis zu Sätzen, die in seinem Heimatland gelten, müssten die Kassen die im Ausland anfallenden Kosten erstatten. Konservative und Liberale begrüßen den „gemeinsamen Binnenmarkt für Gesundheitsdienstleistungen“. Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament dagegen befürchten dramatische Folgen für das Gesundheitswesen durch Billigkonkurrenz und Medizintourismus, insbesondere auch in Deutschland. Ihr Fraktionschef Martin Schulz kündigte massiven Widerstand an. „Die Chicago-Boys der Kommission“, attackierte er vorigen Dienstag Kommissionspräsident José Manuel Barroso, sollten nicht „im Windschatten des Weihnachtsmanns wieder herangeritten kommen“. Europa müsse sozial sein, oder es werde scheitern. Barroso zuckte erst einmal zurück. „Aus Termingründen“ verschob er die für vorigen Mittwoch geplante Vorlage der Gesundheitsrichtlinie ins kommende Jahr.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Sportliche Polizisten

Der neueste Erlass von Innenminister Ingo Wolf (FDP) sorgt für viel Ärger unter den fast 40 000 Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen. Ab dem kommenden Jahr müssen alle Polizisten das Sportabzeichen erwerben. Gerade Ältere fühlen sich offenbar überfordert, wenn sie demnächst in bestimmter Zeit 200 Meter schwimmen, 3000 Meter laufen und eine Kugel rund 7 Meter weit stoßen sollen. Zur Erfüllung der Anforderungen bekommen sie monatlich zwei Freistunden; Berater sollen beim Trainingsaufbau und der richtigen Ernährung helfen. Fitte Polizisten sind für Wolf eine „Selbstverständlichkeit“, der frühere Hockey-Spieler ist auch Sportminister des Landes. Seinen Beamten bleiben vier Jahre, um das Abzeichen zu erlangen. Wer es dann noch nicht schafft,

muss mit disziplinarrechtlichen Schritten rechnen, beispielsweise dem Eintrag eines Tadelns in die Personalakte.



Wolf, Polizistinnen

ROLAND WEHRAUCH / DPA